



Niederschrift

33. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Dezember 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

Punkt 21 der Tagesordnung: Klimaschutzkonzept 2030 - Anpassung der Klimaschutzziele
Vorlage: 2021/1341

Punkt 21.1 der Tagesordnung: Änderungsantrag: DIE LINKE.
Vorlage: 2021/1341/2

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit - gemäß der aktuellen Gesetzeslage des Landes Baden-Württemberg, die CO₂-Emissionen in der Weise abzusenken, dass eine Klimaneutralität in Karlsruhe bereits bis zum Jahr 2040 erreicht wird. Die Stadt geht davon aus, dass die Gesetzgeber hierfür neue und bessere Rahmenbedingungen schaffen und finanzielle Unterstützung bereitstellen.

Das im Karlsruher Klimaschutzkonzept genannte Ziel (Reduktion um mindestens 58% CO₂ gegenüber 2010) bleibt unverändert. Das beschlossene Maßnahmenkonzept bis 2030 wird dementsprechend weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Änderungsantrag: Mehrheitliche Ablehnung (1 JA-Stimme, 40 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung)

Unveränderte Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (40 JA-Stimmen, 2 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.

Stadträtin Rastätter, also, die Rednerin zieht ihren Redebeitrag zurück. Ich habe dann den Herrn Stadtrat Maier als nächsten.

Stadtrat Maier (CDU): Der zieht dann auch zurück.

Der Vorsitzende: Okay, dafür haben wir jetzt jemand Neues. Wer darf es denn jetzt sein?

Stadträtin Bischoff (GRÜNE): Ja, das war jetzt ein bisschen anders als geplant. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich wollte nur ein paar Worte noch dazu sagen und auch unser Abstimmungsverhalten zum Änderungsantrag der LINKEN begründen. Wir stimmen natürlich der Verwaltung so zu. Es ist wichtig und richtig, dass wir unsere Ziele jetzt auch an den Zielen des Bundes und Landes orientieren, und mit dem jetzt abgestimmten Entwurf der Haushaltssatzung haben wir da ja auch einen guten Schritt schon mal hin gemacht.

Zum Antrag der Linken, wenn wir es schaffen, 2035 klimaneutral zu werden, stehen wir natürlich da voll dahinter, aber wir müssen uns eben auch an den entsprechenden Maßnahmen orientieren. Der Beschluss jetzt ist natürlich auch einfach nur eine Zielsetzung, und wie die Maßnahmen dann aussehen, das sehen wir dann in den nächsten Jahren, aber mir wäre wichtig, dass wir, wenn wir weiterhin so vorgehen, dann auch die Maßnahmen in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren und nicht einfach nur jetzt hier uns versuchen mit irgendwelchen Zahlen zu überbieten. Das Klimaschutzkonzept ist extra so gemacht, dass wir uns auch als Fraktion aktiv einbringen können und hier Vorschläge machen können, und das sollten wir auch nutzen und dann bitte auch konstruktiv und in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren.

Stadtrat Maier (CDU): Wie Sie wissen, haben wir das Klimaschutzkonzept immer mitgetragen und tragen das auch weiterhin mit, auch wenn wir, und das ist ja in den vorherigen Redebeiträgen oft auch schon angeklungen, an der einen oder anderen Stelle gerne noch mehr Priorisierung drin hätten. Aber jetzt sind wir mal erst mal auf dem Weg, und das ist auch gut so. Was uns nicht ganz klar war, es ist ja da die Rede von geänderten Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene, und das wurde mir auch im Ausschuss nicht ganz klar, warum man diese Rahmenbedingungen im Zweifel nicht erst mal abwartet und einfach unseren Weg, den wir ja bestritten haben, weitergeht. Vielleicht kann da ja noch mal eine kurze Anmerkung zu gemacht werden.

Wie auch meine Vorrednerin lehnen wir den Änderungsantrag, der heute kurzfristig noch reinkam, ab. Also, ich glaube, einen Überbietungswettbewerb brauchen wir hier nicht, nur damit man sagen kann, wir haben es aber ein Jahr vorher oder fünf Jahre vorher gehabt. Ich glaube, wir müssen erst mal die Dinge auf den Weg bringen, die zielführend sind, und da sind wir als Karlsruhe gut, das gehen wir mit. Von daher Beschlussvorlage Ja, Änderungsantrag Nein, seitens der CDU.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch wir bauen auf die neue Bundesregierung und haben die Hoffnung mit der Landesregierung noch nicht vollständig aufgegeben. Und deswegen halten wir es für richtig, auch hier die Klimaziele heute anzupassen. Ich mache es ganz, ganz kurz und möchte einfach noch mal beide Regierungen in die Pflicht nehmen. Wir haben es gemerkt in den Haushaltsberatungen, wie viel das eine Kommunalverwaltung kostet und die Kommunalpolitik kostet, und deswegen ist es jetzt wirklich dringend geboten, dass Bund und Land da jetzt mal ganz kräftig mitfinanzieren und auch viele Mitnahmeeffekte für uns generieren, die wir dann flankiert mitnehmen können.

Zum Antrag der LINKEN möchte ich auch nicht mehr sagen als meine Vorrednerinnen. Es bringt nichts, einen Überbietungswettbewerb zu machen. Wir haben schon immer gesagt, dass für uns Seriosität und Verbindlichkeit im Klimaschutz ganz wichtige Faktoren sind und dabei bleiben wir, und deswegen lehnen wir den Antrag der LINKEN ab.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Es ist nicht so, dass wir als Gemeinde verpflichtet sind, unsere Ziele direkt anzupassen, nur weil sich jetzt die Bundes- oder die Landesregierung etwas überlegen und allein die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht einem Bundestagsbeschluss Verfassungsrang gegeben hat, verpflichtet uns auch nicht dazu. Was bedenklich ist, ist, dass die sich hier abzeichnende Mehrheit bereit ist, einfach so den Bürgern von Karlsruhe noch weitere Klimaschutzanpassungen aufzubürden, ohne dass man überhaupt wirklich weiß, ob wir als Stadt Karlsruhe dazu in der Lage sind. Man muss sich dann wirklich fragen, ob man einfach so aus dem Stand auf ein Ziel, was man gefasst hat, noch mal draufsatteln kann, noch mal um Jahre früher dasselbe Ziel erreichen kann. Wenn dann entsprechende Änderungsanträge noch kommen, müssen wir die genauso ablehnen wie die Vorlage.

Wir haben, daran darf ich erinnern, im September 2019 darum geworben, dass der Gemeinderat sich dafür einsetzt, dass das Kernkraftwerk Philippsburg Block 2 weiterbetrieben wird. Damit hätten wir so viel CO₂ eingespart, wie Karlsruhe ausstößt, hätten also deutlich effizienter Klimaschutz betrieben, aber das hat die Gemeinderatsmehrheit nicht gewollt. Ich erinnere auch deswegen daran, weil uns ja in den Haushaltsberatungen vorgeworfen wurde, wir wären Leugner des Klimawandels, was ja gar nicht stimmt. Es ist ja offensichtlich, dass ein Klimawandel stattfindet, aber wir müssen natürlich in den Gegenmaßnahmen verhältnismäßig bleiben, die Dinge tun, die viel bringen und wenig kosten und nicht, so wie es die Gemeinderatsmehrheit jetzt vor hat, ohne Rücksicht auf die Kosten, ohne Rücksicht auf die Einschränkungen für die Menschen und die Betriebe in unserer Stadt, Versprechungen abgeben, die am Ende wahrscheinlich gar nicht haltbar sind. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Also, es geht definitiv nicht darum, Menschen in unserer Stadt mehr Klimaschutz aufzubürden, sondern es geht um Schutz der Menschen vor den Auswirkungen eines Klimawandels. Jedes halbe Grad Erwärmung wird für künftige Generationen zu spüren sein und zu verkraften sein, und darum geht es. Wir unterstützen das Maßnahmenpaket der Stadt ganz selbstverständlich. Wir denken auch, dass wir da wirklich auf einem guten Weg sind, aber wir alle sind uns im Klaren darüber, dass es tatsächlich drängt, dass die Zeit drängt und dass tatsächlich auch dieses Thema, wie schnell kommen wir an das Ziel, wirklich ein Thema ist. Wir haben es nun mal gut in Karlsruhe und wir sind relativ gut aufgestellt. Wir müssen wahrscheinlich einfach ein Stück mittragen, mit weg lupfen, was andere nicht können, weil ihnen einfach die Mittel fehlen. Das ist ein Stück weit mit unsere Verantwortung. Es geht nicht nur um Karlsruhe, aber hier in erster Linie, dass wir das Bestmögliche rausholen und tatsächlich schaffen. Wir wollen einfach nur mal darauf abheben, dass wir halt wirklich so schnell wie möglich, und das eben am besten bis zum Jahr 2035, dieses Ziel erreichen, wohlwissend, dass wir nicht die Welt retten, aber wenn viele von uns daran teilhaben und mittragen, können wir es vielleicht schaffen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es geht jetzt nicht darum, dass wir unsere Hausaufgaben machen und dass die Zeit jetzt verändert worden ist vom Land her. Das heißt, wir schreiben das rein, aber wir wissen genau, dass wir es mit eigenen Kräften und mit eigenen Mitteln nicht erreichen können. Da muss sich das Land wirklich noch sehr anstrengen und der Bund muss da auch wirklich zulegen, wohlwissend, dass wir als Stadt schon sehr gut unterwegs sind, das müssen wir immer wieder betonen. Wir machen viel mehr als viele andere, und wir sind gut auf dem Weg, aber wenn wir das Ziel erreichen wollen, dann müssen das Land und der Staat uns unterstützen. Von daher, wir stimmen auf jeden Fall gerne zu, aber wir wissen, da muss von anderer Stelle sehr viel mehr kommen als bislang.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich rufe auf den Änderungsantrag der LINKEN und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – *(Mehrheitliche Ablehnung)*

Dann rufe ich auf die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine deutliche Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Januar 2022